

**Vergangene Räume – Neue Ordnungen.
Das Erbe der multinationalen Reiche und
die Staatsbildung im östlichen Europa
1917–1923**

Veranstalter: Zentrum für Interdisziplinäre Polenstudien (ZIP)

Datum, Ort: 15.10.2015–16.10.2015, Frankfurt an der Oder

Bericht von: Barbara Haider-Wilson / Ulrike Harmat, Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien

Liegt das Jahr 2014 mittlerweile hinter der Historikerzunft, so kündigen sich die Herausforderungen, die die Jahreszahl 2018 in sich birgt, mit wachsender Intensität an. In den Kontext der transformativen Aspekte des Ersten Weltkriegs stellte sich auch die diesjährige Jahreskonferenz des Zentrums für Interdisziplinäre Polenstudien (ZIP), die unter dem Titel „Vergangene Räume – Neue Ordnungen. Das Erbe der multinationalen Reiche und die Staatsbildung im östlichen Europa 1917–1923“ von 15. bis 16. Oktober 2015 an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder stattfand. Fragen nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten, nach imperialem Fortleben und Brüchen auf dem Weg in ein nationalstaatlich geprägtes 20. Jahrhundert werden mehr und mehr gestellt. Die rund um den Ersten Weltkrieg festzumachenden Schnittstellen von Imperium und Nationalstaaten legen es dabei nahe, von der in den letzten Jahren stark kritisierten „Container-Historiographie“ Abstand zu nehmen und multiperspektivische Zugänge zu forcieren: Regionalforschungen, Nationalismus- und Imperienforschung sind zusammenzuführen.

Eine historiographische Fokussierung auf das westliche Europa übersieht häufig, dass die Kämpfe um das imperiale Erbe von Habsburgermonarchie und Russländischem Reich in den ostmitteleuropäischen „shatterzones of Empires“ ungeachtet Versailles', Saint Germain und Trianons noch voll im Gange waren. Es ist das Verdienst der Frankfurter Tagung, dies im Anschluss an die zahlreichen Tagungen zu 1914–1918 mit einer stark akteurszentrierten Ausrichtung (größtenteils ab-

seits der üblicherweise im Scheinwerferlicht stehenden Player) und unter Betonung transnationaler Phänomene wieder einmal in Erinnerung gerufen zu haben. Daher erstaunt es auch nicht, dass sich unter den diskutierten Themen etliche Diskurse, Konzepte und Ordnungsvorstellungen fanden, die die „revolutionary openness“ (Jakub Beneš) dieser Umbruchzeit unterstrichen, als gescheitert oder erfolglos aber in der Regel bisher weniger Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben.

JAKOB MISCHKE (Münster) eröffnete den ersten Tagungstag zu den imperialen Erfahrungen in neuen Staaten mit dem Verfassungsentwurf des Juristen Stanislav Dnistrianskyi für Ostgalizien und wies damit auf einen Aspekt des breiten Spektrums des Rechts hin: Neben der Bedeutung des Ersten Weltkriegs für die Entwicklung des internationalen Rechts steht die Rechtssicherheit, die die Imperien boten, die neuen Nationalstaaten aber erst schaffen mussten. Vor diesem Hintergrund zeigt die Analyse von Dnistrianskyis Theorie einen rechtssoziologischen Ansatz, der neben dem „gelebten“ Recht in der Ukraine die Trennung von Staat und Volk in den Mittelpunkt stellte.

Der sich dem Gebiet der oberen Adria und dem dort wurzelnden Aufstieg des Faschismus widmende Beitrag von MARCO BRESCIANI (Triest) erweiterte den im Zentrum der Tagung stehenden Raum Richtung Westen. Die vorherrschenden nationalen Narrative hinterfragend, schlug Bresciani vor, für vergleichende Forschungen zu den Nachkriegskrisen die jeweilige Region heranzuziehen. In Italien, das offiziell zu den Siegerstaaten des Ersten Weltkrieges zählte, entwickelte sich aufgrund enttäuschter territorialer Forderungen dennoch eine „culture of defeat“, die der gegen die Nachkriegsordnung gerichteten Radikalisierung den Weg bereitete; paradoxerweise nutzte das faschistische imperiale Projekt „Wilsons Konzept gegen Wilson“.

Per Videokonferenz zugeschaltet, diskutierte SEBASTIAN PAUL (Marburg) unter Betonung der realpolitischen Handlungsoptionen die Raumkonzepte und -vorstellungen, die von Oktober 1918 bis Juni 1919 für die Zukunft der Podkarpatská Rus entworfen wurden und letztlich deren Angliederung als öst-

lichste Provinz an die Tschechoslowakei zur Folge hatten. Die Initiative zu diesem für die internationale Politik wie für die führenden tschechoslowakischen Politiker überraschenden Prozess ging von einer Gruppe ungarisch-ruthenischer Exilanten in den USA aus und wurde daneben auch von lokalen ruthenischen Eliten „Oberungarns“ betrieben.

Zwei der unter dem Schlagwort einer „transnationalen Politik“ stehenden Beiträge zielten auf die jüdische Bevölkerung zwischen Imperium und Nationalstaat ab. MICHAEL L. MILLER (Budapest) behandelte Fragen jüdischer Loyalitäts- und Identitätsschichten in der Tschechoslowakei, insbesondere in Böhmen und Mähren, und hatte damit den für seine jüdischen Staatsbürger wahrscheinlich am wenigsten problematischen Nachfolgestaat der Habsburgermonarchie im Blickfeld. Aufgrund der Gemeinsamkeiten zwischen der Tschechoslowakei und der Habsburgermonarchie konnte die sehr diverse jüdische Bevölkerung – im Gegensatz zu den deutschen und ungarischen Minoritäten – ihre Loyalität in vielen Fällen relativ problemlos von einem supranationalen Staat auf den nächsten übertragen. Selbst im Masaryk-Kult konnten Verbindungen zum Franz Joseph-Kult gesehen werden.

FRANK GRELKA (Frankfurt an der Oder) untersuchte in seinem Vortrag die Dynamik der Transformation aus der Perspektive von Zionisten ostmitteleuropäischer Herkunft, wobei der politische Machtkampf zwischen jüdischen und nichtjüdischen Akteuren in Polen und Litauen (1917–1921) im Mittelpunkt stand. Indem Grelka sich methodisch zwischen den Konzepten der Imperialen Biographie und der „Legal Geography“ positionierte, behandelte er zunächst die auf einer rechtlichen Sonderrolle basierende Meistererzählung des jüdischen Rechtsstatus in den Imperien. Vor diesem Hintergrund war der Zusammenbruch monarchischer Berufungsinstanzen aus der Sicht der jüdisch-autonomistischen Rechtstradition besonders folgenschwer. Die jüdischen Proponenten, die ab sofort gegen die Souveränitätsforderungen der neuen Nationalstaaten ankämpfen mussten, versuchten daher, ihre rechtliche Position durch supranationale Rechtsetzung zu verbessern.

Dazwischen griff TIM BUCHEN (Edinburgh) die Transformationsfrage aus dem Blickwinkel des Phänomens der weißen Internationale und ihrer Wirkungsgeschichte auf: Diese aus imperialen Erbschaften erwachsene Idee wurde vorwiegend von deutschen, ungarischen und russischen Akteuren getragen, die sich aus den alten Eliten rekrutierten. Sie wandten sich vor allem gegen die Dekolonialisierung und den Zerfall der Imperien sowie gegen den Bolschewismus, seit 1919 ein internationales Phänomen (Räterepubliken). Gleichzeitig führte die Bekämpfung des Bolschewismus auch in der internationalen Politik zu einem Paradigmenwechsel: vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen hin zum Containment.

Der zweite Tagungstag stand ganz im Zeichen der Staatsbildungsprozesse in Ostmitteleuropa und der damit in Verbindung stehenden Gewaltausbrüche. Das Vortragsthema von KLAUS RICHTER (Birmingham) zielte in der Art einer Diskursanalyse auf die mit unterschiedlichen Vorstellungen von Grenzen verbundene Debatte über die Lebensfähigkeit der neuen Nationalstaaten. Als Gradmesser staatlicher Lebensfähigkeit wurden dabei insbesondere die politische Geographie und Ökonomie herangezogen. Kleine Staaten mit einem ehemaligen imperialen Zentrum galten als hypertroph, Größenenthusiasmus etwa bezüglich des Deutschen Reichs Anfang 1918 ging nur wenig später einher mit Skepsis gegenüber kleinen Staaten. Die Lebensfähigkeit des aus Teilen von drei Imperien zusammengesetzten Polen wurde aufgrund dieser Inhomogenität angezweifelt. Verortet man die Debatte um die Lebensfähigkeit der neuen Nationalstaaten wie Richter im imperialen Kontext, so wird klar, dass die territoriale Fragmentierung Ostmitteleuropas in kleine, ethnisch definierte Einheiten als historischer Rückschritt betrachtet wurde.

STEPHAN RINDLISBACHER (Bern) thematisierte die Grenzziehungen zwischen der Ukrainischen und der Russischen Sowjetrepublik als übertragbares Fallbeispiel für Aushandlungsprozesse in der jungen Sowjetunion. Die territoriale Neugestaltung war eng mit der Nationalitätenfrage verbunden; ab Mitte der 1920er-Jahre setzte sich immer mehr die Stalin'sche Position durch, wonach Na-

tionen auch im Sozialismus weiterbestehen würden. Rindlisbacher stellte das Zusammen- bzw. Gegenspiel von vier Akteursebenen dar: der Funktionäre des Moskauer Zentrums, der lokalen Kader und -mitglieder, der Fachexperten und der lokalen Bevölkerung. Die Kader der Republiken und die Vertreter der regionalen Verwaltung waren darauf bedacht, ihren Verwaltungsapparat und das Steueraufkommen zu erhalten; die Dörfer wiederum hatten konkrete ökonomische Interessen. Insgesamt verfolgte die Staats- und Parteiführung in den 1920er-Jahren das Ziel, einen stabilen territorialen Ordnungsrahmen zu schaffen.

Mit seinem historisch breit eingebetteten Blick auf das Oberschlesien der Jahre 1918–1922 brachte KAI STRUVE (Halle) einen Sonderfall in die Diskussion ein, handelte es sich hier doch um eine von der katholischen Konfession geprägte zweisprachige Region, für die es drei Neuordnungsvorstellungen gab. Industrialisierungsprozessen in Teilen Oberschlesiens im 19. Jahrhundert war seit der Zeit des „Kulturkampfs“ unter der Hegemonie der katholischen Zentrumsparterie ein Prozess der Massenpolitisierung gefolgt (erst um die Jahrhundertwende kam stärkere Konkurrenz durch die „polnische Partei“ auf). Die regionale Autonomiebewegung nach dem Ersten Weltkrieg war in diesem katholischen Milieu verankert – durch die Entscheidung über ein Plebiszit im Versailler Vertrag, die nur die Zugehörigkeit zu Polen oder Deutschland zur Abstimmung stellte, wurde sie jedoch obsolet (Teilung Oberschlesiens im Juni 1922). Selbst die in diesem Zusammenhang aufkommenden gewaltsamen Konflikte führten indes nicht zu scharfen nationalen Trennlinien in der Bevölkerung.

JAKUB BENEŠ (Oxford) befasste sich in seinem Vortrag mit den die imperiale Autorität im Hinterland unterminierenden, sich ab 1917 aus desertierten Soldaten der k. u. k. Armee und radikalisierten Bauern bildenden „Grünen Kader“. Dieser „vergessene Fall“ gibt Aufschluss über die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf die ländliche Bevölkerung, deren Bedeutung in der Forschung bisher unterschätzt wurde. Betrachtet man die „Grünen Kader“ als eine transnationale soziale Bewegung, so wirft das ein neues Licht auf ihr

politisches Engagement. Die „Grünen Kader“ standen in der Tradition von Banditenbanden und wurden in der Bevölkerung als Helden verehrt, fanden sich unter ihren Zielen doch die Redistribution von Land und Boden sowie der Aufbau einer neuen, als radikale Alternative gesehenen sozialen Ordnung. Nicht zuletzt verdeutlichen die „Grünen Kader“ die Signifikanz des Jahres 1918 als Moment scheinbar unbegrenzter Zukunftsmöglichkeiten für die Neuformierung der Grundlagen von Staat und Gesellschaft in Europa.

Die Staats- und Gesellschaftskonzepte der ukrainischen Bauern in Folge des Schwindens staatlicher Macht thematisierte DIMITRI TOLKATSCH (Freiburg). Seit Ende 1917 bildeten sich so genannte Dorfrepubliken, deren Ziel die Umverteilung des Großgrundbesitzes war. Da sich die Bauern bei der Enteignung von sozialen Normvorstellungen leiten ließen, wirkte diese Umverteilung gewissermaßen homogenisierend auf die Dorfgemeinschaften. Die neu gewonnene Selbstständigkeit strebte zudem die Umsetzung der bäuerlichen Weltanschauung an, wobei die Loyalität – nach wechselnden Machthabern – in erster Linie dem Dorf galt. Während die staatlichen Strukturen an Einfluss verloren, blieben die Dorfversammlungen als einzige legitime Autoritätsträger übrig. Während des Bürgerkriegs entwickelten die ukrainischen Bauern eine eigene Identität, die sowohl sozial als auch ethnisch begründet war. Die bäuerliche Kultur lieferte aber auch die Parameter, wonach zwischen „uns“ („svoi“) und „den anderen“ unterschieden wurde. Zu diesen „anderen“ zählten vor allem die Juden, die fortlaufend Übergriffen und Pogromen ausgesetzt waren und zunehmend Schutz in den Städten suchten.

Auch MATHIAS VOIGTMANN (Marburg) zeigte an den Beispielen der 1918/19 vorrangig in Lettland zunächst gegen die Bolschewisten, später auch gegen Letten und Esten kämpfenden „Baltikumer“ und der lettischen „Aizsargi“ auf, dass der Krieg in Europa trotz des offiziellen Kriegsendes noch lange nicht zu Ende war: Ein äußerst gewaltbereiter Paramilitarismus war diesbezüglich ein raum- und gesellschaftsübergreifendes Charakteristikum. Waren die „Baltikumer“ ursprünglich als Sicherheitseinheiten für die sich zurück-

ziehenden deutschen Truppen gedacht, interpretierten vor allem die in Lettland eingesetzten deutschen Freikorpsseinheiten und die mit ihnen kämpfenden Einheiten der Baltischen Landeswehr ihre Aufgaben rasch um (Zielpunkt Riga). Für das Anwerben von Freiwilligen stellte das im so genannten „baltischen Fieber“ gipfelnde „Siedlungsversprechen“ eine wichtige Voraussetzung dar. Angesprochen fühlten sich in erster Linie demobilisierte Offiziere, nicht mehr im Weltkrieg zum Einsatz gekommene Kadetten der kaiserlichen Heeresanstalten sowie nationalistische Studenten und Schüler. Sie übertrugen ihre (kollektiven) Gewalterfahrungen später auf unterschiedliche Weise in ihr ziviles Leben. Die Existenz von paramilitärischen Organisationen wie den „Baltikumern“ und den „Aizsargi“ mit ihren sozialen Netzwerken übte, so eine der Schlussfolgerungen, beträchtlichen Druck auf die lettische und deutsche Politik der Zwischenkriegszeit aus.

ANDREI ZAMOISKI (Berlin) erörterte abschließend die Lage der jüdischen Bevölkerung im sowjetischen Teil Weißrusslands in einer Zeit wechselnder Besatzungen. Als verwundbarste Gruppe war sie Attacken unterschiedlichster bewaffneter Einheiten ausgesetzt: Seit Kriegsbeginn hatte die jüdische Bevölkerung Russlands unter der zaristischen Armee zu leiden. Gewalt wurde aber auch in der so genannten Nachkriegszeit ein Teil des täglichen Lebens dieser Bevölkerungsgruppe. Drei Pogromwellen, begangen von polnischen Truppen, antisowjetischen Aufständischen, Kriminellen, Bauern und Deserteuren der Roten oder der Sowjetarmee, sind in den Jahren 1919 bis 1922 auszumachen, darunter als erste die mit der polnischen Okkupation Weißrusslands verbundene. Die jüdische Selbstverteidigung als Mittel gegen antisemitische Ausschreitungen war ein von Bewohnern einzelner Orte unternommener, häufig erfolgloser Versuch, ihre Familien und ihr Eigentum zu schützen. Ihre mangelnde militärische Ausrüstung machte es den jüdischen Gemeinden schwer, sich gut bewaffneten Truppen entgegensetzen zu können.

Insgesamt zeigte die Frankfurter Tagung ein „Zeitalter der Extreme“, das Winston Churchill 1919 mit seinem wiederholt zitierten Ausspruch „Der Krieg der Giganten ist

vorbei, die Kriege der Pygmäen haben begonnen“¹ treffend charakterisiert hat. Der Workshop-Charakter der Konferenz sicherte den Raum für intensive Diskussionen, die sich – getragen von durchwegs sehr anregenden Kommentaren (Kai Struve, Yvonne Kleinmann, Werner Benecke, Claudia Weber, Marcus Funck) – unter anderem auf die Suche nach dem Verbindenden zwischen den einzelnen Vorträgen machten. So stellten etwa das Schlagwort vom „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, die Frage nach der Lebensfähigkeit kleiner Staaten, die weit verbreitete Ablehnung des Versailler Systems und die Militarisierung von Gesellschaften zentrale Bezugspunkte vieler Ausführungen dar. Die Frage jedoch, wo die Frauen – sei es als Zeitgenossinnen der Jahre 1917 bis 1923, sei es als Vortragende im Jahr 2015 – blieben, müssen sich die verdienstvollen Veranstalter/innen abschließend doch gefallen lassen.

Konferenzübersicht:

I Imperiale Erfahrungen und neue Staaten

Jakob Mischke (Universität Münster): Stanislav Dnistrjanskyjs Verfassung für Ostgalizien

Marco Bresciani (Università di Trieste): The post-imperial Space of the Upper Adriatic and the post-war Ascent of Fascism

Sebastian Paul (Herder-Institut Marburg): Zwischen tradierten Loyalitäten, realpolitischen Handlungsperspektiven und der Wichtigkeit von Bündnissen. Die Angliederung der Podkarpatská Rus an die Tschechoslowakei (1918/19)

Kommentar: Kai Struve (Universität Halle-Wittenberg)

II Nach den Imperien: transnationale Politik

Michael L. Miller (Central European University, Budapest): Shifting Centers: Reorienting Jewish life in the Habsburg Successor States

Tim Buchen (University of Edinburgh): Die weiße Internationale und die Dekolonialisie-

¹ Das Zitat im englischen Original: „(...) the war of the Giants has ended; the quarrels of the pygmies have begun“; zit. nach Norman Davies, *White Eagle, Red Star. The Polish-Soviet War 1919/1920 and the ‘miracle on the Vistula’*, London 2003, S. 21.

rung Ostmitteleuropas

Frank Grelka (Europa-Universität Viadrina):
Jüdische Minderheitenpolitik in Polen und Litauen, 1917-21

Kommentar: Yvonne Kleinmann (Universität Halle-Wittenberg)

III Neue Grenzen – neue Ordnungen

Klaus Richter (University of Birmingham):
Hypertrophien und Hinterländer: Die „Lebensfähigkeit“ von Nationalstaaten in Ostmitteleuropa in den Jahren 1916 bis 1923

Stephan Rindlisbacher (Universität Bern):
Grenzziehungen als Stabilisierungsfaktor der Sowjetmacht. Die Formung der Ukrainischen und Weissrussischen Sowjetrepubliken in den 1920er Jahren

Kai Struve (Universität Halle-Wittenberg):
Vergangene Räume, nationale Ordnungen, regionaler Eigensinn – Oberschlesien 1918-1922

Kommentar: Werner Benecke (Europa-Universität Viadrina)

IV Gewalt und Ordnung

Jakub Benes (University of Oxford): Rethinking East Central Europe as a Transnational Rural Space: The „Green Cadres“, 1918-1929

Dimitri Tolkatsch (Universität Freiburg):
Ukrainische Bauernaufstände als Gesellschaftsentwürfe von unten

Kommentar: Claudia Weber (Europa-Universität Viadrina)

Mathias Voigtmann (Herder-Institut Marburg): Die „Baltikumer“ – kollektives Gewalthandeln paramilitärischer Verbände im Baltikum nach 1918

Andrei Zamoiski (Freie Universität Berlin):
Legacy of the Great War: pogroms and Jewish self-defense in Soviet Belarus (1918-1921)

Kommentar: Marcus Funck (Freie Universität Berlin)

Tagungsbericht *Vergangene Räume – Neue Ordnungen. Das Erbe der multinationalen Reiche und die Staatsbildung im östlichen Europa 1917–1923*. 15.10.2015–16.10.2015, Frankfurt an der Oder, in: H-Soz-Kult 09.12.2015.